

Kritische Bemerkungen
zu Dieter Oberndörfer, "Die Lateinamerikapolitik der USA ..."*

Eine neue Lateinamerikapolitik Washingtons?

In seinem Beitrag "Die Lateinamerikapolitik der USA: Bilanz und neuere Entwicklung" entwirft Dieter Oberndörfer das Bild einer neuen Lateinamerikapolitik Washingtons, deren "Profil" nach einer fast vierjährigen Amtszeit der Regierung Nixon erkennbar geworden sei. Meine Kritik an diesen Überlegungen – mir stand ausschließlich gedrucktes Material zur Verfügung – konzentriert sich vor allem auf das methodische Vorgehen des Vfs.: So fehlt zunächst eine Darstellung der sozio-ökonomischen Antriebskräfte der Washingtoner Außenpolitik und des politischen Stellenwerts ökonomischer Fragen in der amerikanischen Diplomatie; stattdessen werden zur Erklärung außenpolitischer Vorgänge Begriffe wie "Prestigefaktoren"¹ bemüht; die Bewertung der Nixonschen Lateinamerikapolitik orientiert sich vorwiegend am sichtbaren diplomatischen Geschehen; die Darstellung arbeitet auch mit der historisierenden Methode des Einerseits-Andererseits – so wird in einem Fall die formulierte These so stark eingeschränkt, daß sie ihre Substanz einbüßt –; schließlich werden die herangezogenen Statistiken nur unzureichend ausgewertet.

Im folgenden soll vor allem die These von der "geringe[n] ökonomische[n] Bedeutung Lateinamerikas für die nordamerikanische Volkswirtschaft"², die in der Argumentation eine zentrale Rolle einnimmt, einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Da Oberndörfer diese These zu der von ihm konstatierten – aber nicht näher untersuchten – "relativ geringen Außenhandelsabhängigkeit der amerikanischen Volkswirtschaft" in Beziehung setzt,³ erscheinen einige über das von Oberndörfer zitierte statisti-

* Der Aufforderung der Herausgeber des *Jahrbuchs für Amerikastudien*, meine auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien am 26. Mai 1972 vorgebrachte Kritik an den Thesen von Dieter Oberndörfer schriftlich zu fixieren, bin ich gerne nachgekommen. Der zur Verfügung gestellte Raum macht es erforderlich, sich auf einige Punkte zu beschränken. Ich werde mich mit der Lateinamerikapolitik Präsident Nixons daher an anderer Stelle ausführlich auseinandersetzen. Herrn Oberndörfer bin ich zu Dank verpflichtet, daß er mir die überarbeitete Fassung seines Vortrags zur Einsichtnahme überlassen hat. – Mein Manuskript war Anfang Oktober 1972 abgeschlossen.

¹ S. oben, S. 42.

² S. oben, S. 32.

³ Ebd.

sche Material hinausgehende Bemerkungen zur binnenwirtschaftlichen und politischen Funktion der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik erforderlich.

Die USA exportieren gegenwärtig immerhin ca. 13% ihrer gesamten Warenproduktion,⁴ ein Prozentsatz, dem für das Funktionieren der amerikanischen Volkswirtschaft eine zentrale Bedeutung zukommt: "exports represent marginal quantities which would often mean the difference between prosperity and depression or between profit and loss."⁵ Die Durchschnittszahl von 13% läßt überdies nicht erkennen, in welchem starkem Maße einzelne Produktionszweige einer wesentlich größeren Exportabhängigkeit unterliegen. Für den Bereich der Landwirtschaft trifft dies u. a. für Baumwolle (32%), Getreide (24%) und Tabak (43%) zu, während in der Gruppe der industriellen Produkte beispielsweise Baumaschinen zu 29%, Textilmaschinen zu 18%, Rechenmaschinen zu 26%, Röntgeneräte und therapeutische Apparaturen zu 24%, Flugzeuge zu 17% exportiert werden.⁶ Darüber hinaus muß man sich vor Augen halten, daß ca. 3 Millionen amerikanische Arbeitsplätze direkt vom Export abhängig sind.⁷ Niemand wird diese Zahl bagatellisieren können, am wenigsten bei einer Arbeitslosenziffer von über 4 Millionen (4,9%) im Jahre 1970.⁸

Die in diesen statistischen Angaben klar erkennbare Bedeutung der Exportfrage für die amerikanische Binnenwirtschaft wird man um so weniger übersehen dürfen, als das Ausführproblem auch in der subjektiven Einschätzung der am politischen Entscheidungsprozeß beteiligten Personen eine hervorragende Rolle spielt. Schon zu Beginn seiner Amtszeit, noch bevor sich die amerikanische Außenwirtschaftsposition krisenhaft zuspitzte, hatte Präsident Nixon keinen Zweifel an der Funktion der amerikanischen Ausfuhren für die amerikanische Volkswirtschaft gelassen, als er im März 1969 eine Erweiterung der äußeren Märkte forderte und den Exporteuren die Unterstützung der Regierung zusicherte:

Additional outlets are needed for the diversity and abundance of our industrial and agricultural production. . . . Enlarged markets for our goods and services speed the pace of our economic progress and advance the well-being of all our people. New markets abroad create new jobs at home. . . . Government in the past has helped American industry and agriculture to open up new markets abroad; today we are more willing and better prepared to help than ever before.⁹

⁴ Nach *Newsweek*, 10. 4. 1972, S. 47 ("The Tough U.S. Trade Push").

⁵ Madden/Nadler/Sauvain, *America's Experience as a Creditor Nation* (New York, 1937), S. 85, hier zitiert nach Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32* (Düsseldorf, 1970), S. 603; zur Bewertung der Exportabhängigkeit vgl. auch grundsätzlich William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, 2. Aufl. (New York, 1962), S. 46.

⁶ Zahlenangaben, bezogen auf das Jahr 1968, nach: U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census, Hrsg., *Statistical Abstract of the United States*, 92 (Washington, 1971), 776.

⁷ Das waren im Jahre 1969 3,8% der Beschäftigten; in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft allerdings 9,4% und in der Industrie 6,9%. Zahlenangaben nach: *Economic Report of the President. Transmitted to the Congress February 1971 together with the Annual Report of the Council of Economic Advisers* (Washington, 1971), S. 157, 222.

⁸ Vgl. ebd., S. 39f., 222.

⁹ Proclamation 3901 vom 18. März 1969, in *United States Statutes at Large*, 83, 1969 (Washington, 1970), S. 936f.; hier: 937.

Mit der "neuen ökonomischen Politik" hat die Regierung Nixon dann seit August 1971 eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um eine erfolgreiche Exportoffensive einleiten zu können. Es sei hier neben der Abwertung des Dollars und dem "Realignment" vom Dezember 1971 insbesondere auf die Gründung der Domestic International Sales Corporation, die verstärkte Aktivität der Export-Import Bank und die Tätigkeit des bereits im Februar 1971 etablierten Council on International Economic Policy verwiesen.¹⁰ Unlängst hat auch Außenminister Rogers den hohen Stellenwert einer expansiven Außenwirtschaft herausgestrichen, indem er die Exportförderung als eine wichtige Aufgabe des gesamten Auswärtigen Dienstes bezeichnete.¹¹ Ganz allgemein kommt ökonomischen Problemen in der gegenwärtigen amerikanischen Diplomatie eine zentrale Rolle zu. Dies hat Rogers im Mai 1972 nachdrücklich unterstrichen, als er seine bereits im Jahresbericht 1969-1970 vertretene Auffassung bekräftigte,

that economic policy would play a far larger and more vital role in U.S. foreign policy. It is playing such a role, and there can be no doubt that the trend will continue throughout this century. . . . I have — and I believe my associates have — a deep conviction that a healthy and competitive American economy is our number-one asset in U.S. foreign relations. Thus, the fundamental objective of our foreign economic policy is to assure the international conditions of competition and cooperation which can keep our economy strong. To accomplish this, we must pay greater attention to economic matters. . . .¹²

Das große Gewicht ökonomischer Fragen in der amerikanischen Außenpolitik ist auch vom Präsidenten wiederholt betont worden.¹³ Damit steht auch die Regierung Nixon ganz in der Tradition der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert von Washington betriebenen expansiven Außenwirtschaftspolitik. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß amerikanische Politiker in der gegenwärtigen handelspolitischen Diskussion besonders an das von der Regierung F. D. Roosevelt im Jahre 1934 zur Realisierung einer expansiven Außenwirtschaftspolitik geschaffene Instrument des "Reciprocal Trade Agreements Act" wiederholt angeknüpft haben.¹⁴

¹⁰ Vgl. die Bemerkungen in Nixons Rede vom 9. Februar 1972 ("U.S. Foreign Policy for the 1970's. The Emerging Structure of Peace"), *Department of State Bulletin*, 66 (1972), 349; *Economic Report of the President. Transmitted to the Congress January 1972 together with the Annual Report of the Council of Economic Advisers* (Washington, 1972), S. 142ff., bes. S. 164ff.

¹¹ Vgl. Rogers' Rede "Freer Trade and the Structure of Political and Economic Peace" vom 1. 5. 1972, *Department of State Bulletin*, 66 (1972), 729 und 731: "Our annual exports are only 4 percent of our GNP, but those exports alone are more than the total annual GNP of all but nine of the world's nations. One dollar out of every seven generated by world trade comes to this country in payment for American exports. . . . In a recent letter to every American ambassador I reemphasized my conviction that export promotion is not just the responsibility of the specialists but of everybody in the mission, from the Ambassador on down."

¹² Ebd., 729f.; vgl. *United States Foreign Policy 1969-1970. A Report of the Secretary of State* (Washington, 1971), S. 183ff.

¹³ Vgl. insbesondere die außenpolitischen Reden vom 25. 2. 1971 und 9. 2. 1972, *Department of State Bulletin*, 64 (1971), 394ff. und 66 (1972), 343ff.

¹⁴ Vgl. z. B. Rogers, "Freer Trade and the Structure of Political and Economic Peace", a. a. O., 732.

Angesichts der von den USA mit größten Anstrengungen vorgetragenen weltweiten Exportoffensive wird man die ökonomische Bedeutung Lateinamerikas für die USA viel höher veranschlagen müssen, als dies bei Oberndörfer geschieht. Fraglos hat sich der Anteil Lateinamerikas an den gesamten Exporten der USA insbesondere gegenüber den 1940er und 1950er Jahren verringert, eine Entwicklung, die zugleich die Tatsache widerspiegelt, daß sich der Handel zwischen Industriestaaten auf einem wertmäßig zunehmend höheren Niveau bewegt als der Warenaustausch zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.¹⁵ Ein Anteil Lateinamerikas in Höhe von 13,2% aller US-Exporte (im Jahre 1970)¹⁶ ist jedoch keineswegs eine zu vernachlässigende Größe. Immerhin exportierten die USA in die unterentwickelten Länder Lateinamerikas im Jahre 1970 wertmäßig etwa 60% der amerikanischen Ausfuhren in den von Washington hartnäckig verteidigten EWG-Markt und das Doppelte ihrer Exporte in die Bundesrepublik.¹⁷ Darüber hinaus lagen im Jahre 1970 einige Produkte über dem Durchschnittswert von 13%: So Chemikalien (19%), Maschinen (16%), landwirtschaftliche Maschinen (22%), Eisen- und Stahlprodukte (17%).¹⁸ Hinzu kommt das angesichts der Washingtoner Zahlungsbilanzprobleme sicher nicht gering zu veranschlagende Faktum, daß die Handelsbilanz mit Lateinamerika im Jahre 1970 ein Aktivum von 900 Millionen Dollar aufwies.¹⁹ Weiterhin ist festzuhalten, daß amerikanische Politiker den derzeitigen Stand der Handelsbeziehungen mit Lateinamerika keineswegs als ideal ansehen und auf eine Ausweitung des beiderseitigen Handels drängen.²⁰ So hat es Nelson Rockefeller in seinem dem Präsidenten im August 1969 vorgelegten Bericht ein realistisches Ziel genannt, den Warenaustausch mit den mittel- und südamerikanischen Ländern bis zum Jahre 1976 zu verdoppeln.²¹ Wenngleich diese Prognose sich als zu optimistisch erweisen dürfte, deuten die neuesten Monatsstatistiken doch auf relativ große Exporterfolge der USA in Lateinamerika: Während die Ausfuhren in die EWG im ersten Halbjahr 1972 gegenüber den ersten 6 Monaten des Jahres 1971 stagnierten, stieg der Export nach Lateinamerika um 7,5% an (die Exporte in die "Dritte Welt" nahmen insgesamt nur um 2,3% zu).²²

Analog zu dem seit den 1950er Jahren zurückgegangenen Anteil Lateinamerikas am gesamten US-Außenhandel verweist Oberndörfer auf die verminderten nordamerikanischen Investitionen in Süd- und Mittelamerika. Diese Entwicklung, die nicht zuletzt auch das in dieser Region gestiegene Investitionsrisiko widerspiegelt, ist fraglos bedeutsam. Dennoch sind Investitionen mit einem Buchwert von 11,7 Milliarden Dollar (1969) ein bedeutender Faktor (58% der gesamten US-Investitionen in der

¹⁵ Vgl. *Statistical Abstract*, 92 (1971), 768.

¹⁶ Vgl. ebd., 767.

¹⁷ Vgl. ebd., 768f.

¹⁸ Vgl. ebd., 767.

¹⁹ Vgl. ebd., 768.

²⁰ Vgl. z. B. John N. Irwin, "U.S. Economic Policy and Inter-American Cooperation", *Department of State Bulletin*, 66 (1972), 540; William P. Rogers, "The Inter-American Community in a Larger World", ebd., 622.

²¹ Vgl. Nelson A. Rockefeller, *The Rockefeller Report on the Americas. The Official Report of a United States Presidential Mission for the Western Hemisphere* (Chicago, 1969), S. 75.

²² Vgl. U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census, Hrsg., *Highlights of Exports and Imports*, June 1972 (Washington, 1972), S. 28f.

"Dritten Welt"), insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die Nettogewinne aus diesen Investitionen ("sum of dividends and interest net after foreign withholding taxes") im Jahre 1969 noch knapp über den Nettogewinnen aus den Investitionen in Europa (1,049 gegenüber 1,026 Milliarden) lagen!²³ Überdies handelt es sich bei diesen Zahlen allein um die Direktinvestitionen, denn die Investitionen amerikanischer Firmen, die sie bzw. ihre Niederlassungen von Drittländern aus in Lateinamerika vornehmen, sind dabei nicht berücksichtigt. Dieses Problem müßte bei einer Analyse der Washingtoner Wirtschaftsbeziehungen mit Lateinamerika zumindest erwähnt werden. Gerade angesichts des von Oberndörfer hervorgehobenen "Prestige- und Positionsverlust[s]" der USA in Süd- und Mittelamerika²⁴ und der in diesen Ländern formulierten Polemik gegen den US-Imperialismus werden amerikanische Unternehmen sicher auch versuchen, Investitionen in einer Weise vorzunehmen, die ihre nordamerikanische Herkunft nicht ohne weiteres erkennen läßt. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang der in Chile geäußerte Vorwurf, ein ökonomisches Engagement der Bundesrepublik in Chile könne nichts anderes sein als eine verdeckte Form des nordamerikanischen Einflusses.²⁵

Hier wird deutlich, daß man die nordamerikanisch-lateinamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen nicht nur unter einem engen bilateralen Gesichtspunkt interpretieren darf, was sich übrigens auch am Beispiel der Handelsbeziehungen klar nachweisen läßt. Wenn sich Washington so nachdrücklich für eine Verbesserung der Absatzchancen für lateinamerikanischen Exporte in Drittländern – vor allem auch gegenüber der EWG – einsetzt,²⁶ dann geschieht dies primär im eigenen ökonomischen Interesse: eine durch vermehrte Exporte erhöhte Kaufkraft kommt auch den Vereinigten Staaten selbst zugute, ja sie ist eine Voraussetzung zur Aufrechterhaltung einer aktiven Handelsbilanz mit Lateinamerika. Dieser Zusammenhang erhellt zugleich, warum die Vereinigten Staaten sich so nachdrücklich gegen jede Bilateralisierung des Außenhandels wenden und auch in der Gegenwart das um die Jahrhundertwende formalisierte Prinzip der "Offenen Tür" verfolgen.²⁷

Zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen und insbesondere zur Erweiterung des Handelsaustausches mit den lateinamerikanischen Staaten bemüht sich die Regierung Nixon um eine ökonomische, soziale und politische Stabilisierung in Lateinamerika; eine Zielsetzung, mit der sie übrigens ganz in der Tradition der Taftschen Dollar Diplomacy²⁸ steht. Für den künftigen wirtschaftlichen Aufbau und die wei-

²³ Vgl. *Statistical Abstract*, 92 (1971), 755; Wolfgang Hirsch-Weber, *Lateinamerika: Abhängigkeit und Selbstbestimmung* (Opladen, 1972), S. 72.

²⁴ S. oben, S. 30.

²⁵ Vgl. Herbert Goldhamer, *The Foreign Powers in Latin America* (Princeton, N.J., 1972), S. 287.

²⁶ Vgl. Rogers, "The Inter-American Community in a Larger World", a. a. O., 622.

²⁷ Vgl. z. B. die Reden von Außenminister Rogers vom 1. 5. 1972 und Präsident Nixons vom 9. 2. 1972, *Department of State Bulletin*, 66 (1972), 730ff.; ebd., 348ff.; außerdem: Irwin, "U.S. Economic Policy and Inter-American Cooperation", a. a. O., 542: "We seek an open world economy in which trade and investment flows are not disturbed by national barriers."

²⁸ Zur Taftschen Dollar Diplomacy in Lateinamerika vgl. als neuesten Beitrag die auf umfangreichem Archivmaterial basierende Arbeit von Walter V. Scholes und Marie V. Scholes, *The Foreign Policies of the Taft Administration* (Columbia, Mo., 1970).

tere politische Entwicklung Lateinamerikas wird eine "diversity" der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Systeme Lateinamerikas verbal zwar anerkannt,²⁹ die Priorität wird seitens der US-Politiker aber ganz eindeutig einer privatkapitalistischen Ordnung eingeräumt, wie der "Rockefeller Report" und die Äußerungen führender Angehöriger der Regierung Nixon dokumentieren. So heißt es z. B. in einem Beitrag des Deputy Under Secretary for Economic Affairs:

The increased application of new technology and techniques to every endeavor of life, private and public, is required, and our own experience has convinced us that private enterprise is the most effective instrumentality for accomplishing this. ... our friends should not lose sight of the fact that the private sector holds the larger potential of capital and of technology and skills for those who will welcome it and provide the climate in which it can make its maximum contribution.³⁰

Eine privatkapitalistische Gesellschaftsordnung, die nach Auffassung Washingtons einen optimalen ökonomischen Fortschritt unterentwickelter Regionen garantiert, bietet zugleich auch die beste Voraussetzung für die Entfaltung der ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten.³¹ Man darf also keinesfalls davon sprechen, daß die Lateinamerikapolitik Nixons "auf das bisherige missionarische Ziel einer gesellschaftspolitischen Umgestaltung Lateinamerikas nach dem Vorbild der USA" verzichtet habe.³² Prinzipiell orientiert sich auch die Lateinamerikapolitik Nixons an dem Ziel, die eigenen Ordnungsvorstellungen auf die lateinamerikanischen Staaten zu übertragen. Im übrigen schränkt Oberndörfer seine These selber in einem derart starken Maße ein,³³ daß sie weitgehend aufgehoben wird, bzw. sich allenfalls auf die außenpolitische Taktik des Präsidenten bezieht und damit der Nixonschen Politik des "low profile" zuzuordnen ist.

Bei der Beurteilung der Nixonschen Lateinamerikapolitik ist Oberndörfer insofern zuzustimmen, als der Präsident mit seiner "low profile"-Politik in der Tat vor allem darum bemüht ist, "eventuelle Konflikte durch Nichtbeachtung oder durch Verzicht auf spektakuläre Gegenreaktionen herunterzuspielen."³⁴ Dies geschieht vor allem im Interesse einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen Washingtons mit den lateinamerikanischen Staaten. Ob man in diesem Zusammenhang allerdings davon sprechen kann, daß die USA ihre "bisher wahrgenommene[n] politische[n] Verantwortlichkeiten abzutreten" bereit seien,³⁵ ist fraglich. Hier hätten die von Oberndörfer angeführten Maßnahmen Washingtons auf ihre faktische Wirkung hin untersucht werden müssen. Die Verlagerung der Schwerpunkte amerikanischer Entwicklungshilfe auf die

Förderung multilateraler Entwicklungsorganisationen und Banken impliziert nicht automatisch, daß die Vereinigten Staaten in der Praxis ihre politische Verantwortlichkeit oder Interessenwahrnehmung aufgegeben hätten; Oberndörfer weist an anderer Stelle doch selber darauf hin, daß die Regierung Nixon "von der Position des Hauptgläubigers her auf die Kreditpolitik verschiedener Finanzierungsinstitute (z. B. Weltbank und Interamerikanische Bank) zum Schaden 'nicht genehmer' lateinamerikanischer Regierungen Einfluß zu nehmen versuchte".³⁶ Der Verzicht auf direkte Aktionen schließt also nicht aus, daß die Regierung Nixon durch Rückgriff auf das traditionelle amerikanische Instrument der informellen Einflußnahme ihre Zielsetzungen realisiert. Gerade dieses Beispiel macht deutlich, daß es sich bei der gegenwärtigen Nixonschen Politik des "low profile" weniger um eine prinzipiell neue Politik handelt, sondern primär um einen Formwandel der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert an den eigenen ökonomischen Bedürfnissen orientierten Lateinamerikapolitik.³⁷

In einem wie starken Maß sich auch die Nixonsche Lateinamerikapolitik vorwiegend an den ökonomischen Interessen der USA orientiert, zeigen etwa die ersten Auswirkungen der "neuen ökonomischen Politik", die zugleich auch die Grenzen einer auf den Abbau von Konflikten abgestellten Politik des "low profile" erkennen lassen. Da die lateinamerikanischen Staaten ihre Exporte zum entscheidenden Teil in den USA absetzen, überrascht es nicht, daß namentlich die ab 15. August 1971 zeitweilig erhobene zehnpromzentige Importsteuer zu einer Belastung der Beziehungen Washingtons mit den mittel- und südamerikanischen Staaten führte,³⁸ auch wenn nicht alle lateinamerikanischen Produkte hiervon betroffen waren. Washingtoner Politiker werden zwar nicht müde, die Bedeutung des Außenhandels für die Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten zu unterstreichen – so hat Charles Meyer, Assistant Secretary for Inter-American Affairs, den Handel als "unwritten Magna Carta of Latin America's economic development" charakterisiert³⁹ –, in der Praxis hat die Regierung Nixon allerdings bisher keine überzeugenden eigenen Beiträge zur Verbesserung der Außenhandelsituation in Lateinamerika geleistet. Während die EWG inzwischen den Entwicklungsländern einige, wenngleich noch immer unzureichende Handelspräferenzen

²⁹ S. oben, S. 41.

³⁷ Zu den ökonomischen Antriebskräften der Washingtoner Lateinamerikapolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert vgl. bes. Hans-Ulrich Wehler, "Handelsimperium statt Kolonialherrschaft. Die Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten vor 1898", *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, 3 (1966), 184–318.

³⁸ Vgl. Osvaldo Sunkel, "Big Business and 'Dependencia'. A Latin American View", *Foreign Affairs*, 50 (1971/72), 517; *Financial Times* v. 7. 9. 1971 ("Latin Americans agree to oppose Nixon surcharge"); *Neue Zürcher Zeitung* v. 9. 9. 1971 ("Das 'Lateinamerikanische Manifest' zu Nixons Zahlungsbilanzprogramm"); *Blick durch die Wirtschaft* v. 11. 9. 1971 ("Cecla-Konferenz übereilt einberufen? Scharfe Attacken von lateinamerikanischen Staaten gegen Wirtschaftskurs der USA"); *International Herald Tribune* v. 16. 9. 1971 ("Who Pays the Tariff?"); *Financial Times* v. 16. 9. 1971 ("Latin Americans urged to retaliate against surcharge"); *Blick durch die Wirtschaft* v. 23. 9. 1971 ("Lateinamerika über die USA enttäuscht"); *Financial Times* v. 24. 9. 1971 ("Rift with Latin America persists"); *Boletín de la Cámara Argentino-Alemana* v. November 1971 ("USA-Lateinamerika"); *Die Welt* v. 24. 11. 1971 ("Die vernachlässigten 'armen Vettern' in Lateinamerika").

³⁹ Charles A. Meyer, "U.S. Policy Toward Latin America. Where We Stand Today", *Department of State Bulletin*, 65 (1971), 561.

²⁹ S. oben, S. 39f.

³⁰ Nathaniel Samuels, "Trade, Capital, and Latin American Development", *Department of State Bulletin*, 62 (1970), 184; ähnlich auch Nixon in seiner Rede vom 31. 10. 1969, in: Richard Nixon, *Public Papers of the Presidents of the United States*, 1969 (Washington, 1971), S. 898; vgl. *Rockefeller Report on the Americas*, S. 88f.

³¹ Vgl. hierzu grundsätzlich: Ekkehart Krippendorff, *Die amerikanische Strategie: Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik* (Frankfurt/Main, 1970), S. 429ff.

³² S. oben, S. 39.

³³ S. oben, S. 41.

³⁴ S. oben, S. 38.

³⁵ Ebd.

gewährt hat,⁴⁰ ist von den USA eine solche Entscheidung zwar wiederholt angekündigt, aber immer wieder aufgeschoben worden. Zu diesem die Interessen der lateinamerikanischen Staaten essentiell berührenden Problem heißt es in dem Jahresbericht des Council of Economic Advisers vom Januar 1972 lapidar: "Action on Generalized Preferences by the United States was delayed in 1971 by the unsatisfactory state of the balance of payments."⁴¹ Hier, in der protektionistischen Komponente der amerikanischen Politik manifestiert sich zugleich der Widerspruch zwischen der Rhetorik offizieller Erklärungen und der tatsächlichen Politik, eine Diskrepanz, die gerade Nixon, wie er in seiner programmatischen Rede vom 31. Oktober 1969 angekündigt hatte, aufheben wollte.⁴²

Thesenartige Zusammenfassung

1. Die amerikanische Außenwirtschaft erfüllt auch in der Gegenwart eine wichtige binnenwirtschaftliche Stabilisierungsfunktion.
2. Ökonomische Faktoren sind für die Washingtoner Außenpolitik von zentraler Bedeutung.
3. Im Rahmen der außenwirtschaftlichen Strategie nimmt Lateinamerika als Absatzmarkt und Rohstofflieferant auch in der Gegenwart einen wichtigen Platz ein.
4. Bei der Nixonschen Politik des 'low profile' handelt es sich nicht um eine prinzipielle Neuorientierung der Washingtoner Lateinamerikapolitik. Angesichts der Kontinuität ökonomischer Zielsetzungen ist die Nixonsche Politik ähnlich wie Roosevelts "Good Neighbor Policy" oder die "Allianz für den Fortschritt" als ein Formwandel der seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert an den ökonomischen Bedürfnissen Washingtons orientierten und primär durch informelle Einflußnahme durchgesetzten Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika zu verstehen.
5. Die Politik des "low profile" kann nur begrenzt zu einer Verbesserung der Beziehungen mit Lateinamerika beitragen, solange die Washingtoner Handelspolitik starke protektionistische Elemente aufweist. Wegen der großen ökonomischen Abhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten von den USA berührt jede außenwirtschaftliche Maßnahme essentielle Interessen der süd- und mittelamerikanischen Staaten.

Mainz

Hans-Jürgen Schröder

⁴⁰ Vgl. Karl-Heinz Groß, "Die Präferenzpolitik der EWG im Rahmen der UNCTAD: Wirtschaftliche und politische Bedeutung", *Europa Archiv*, 27 (1972), 129ff.

⁴¹ *Economic Report of the President . . . 1972*, S. 173.

⁴² Vgl. Nixon, *Public Papers*, 1969, S. 897.